

heute auch Sache der Jünger seien. Es mache besorgt, „wenn Menschen ihre Heimat verlassen wollen, weil sie meinen, hier nicht mehr leben zu können“ und „wenn Menschen ihrer Heimat verwiesen werden sollen, weil man sie hier nicht mehr haben möchte“. In Anknüpfung an seine Predigt auf dem Dresdner Katholikentreffen vom vergangenen Sommer (vgl. HK, August 1987, 380f.) formu-

lierte der Kardinal: „Immer aber wird auch nach Wegen zu suchen sein, wie auch katholische Christen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der DDR nicht nur ungekränkt ihren Glauben leben können, gleichsam privat, sondern wie sie sich auch in die gesellschaftliche Verantwortung einbringen können in voller Übereinstimmung mit ihrem sich am Glauben der Kirche orientierenden Gewissen.“

U. R.

Frankreich: Unmut über Bischofsernennungen

Die Politik des Heiligen Stuhls bei den Ernennungen neuer Bischöfe gehört zu den wichtigsten und umstrittensten Kennzeichen bereits der zweiten Hälfte des Pontifikats von Paul VI. (vor allem die Niederlande betreffend), erst recht aber des Pontifikats von Johannes Paul II. Sie hat in verschiedenen Ortskirchen und Ländern zu erheblichen Spannungen geführt (vgl. den Überblick von *Walter Goddijn*, *Qui est digne d'accéder à l'épiscopat?*, in: *Paul Ladrière / René Lumeau* (Hg.), *Le retour des certitudes*, Paris 1987, S. 194–217). Die Tatsache, daß Frankreich in der Reihe der weltweit bekannt gewordenen und diskutierten Fälle (z.B. Rotterdam, Roermond unter Paul VI., New York, Boston, Wien, Madrid u. a. unter Johannes Paul II.) bislang nicht auftauchte, heißt nicht, daß dort nicht ähnlich verfahren wurde bzw. nicht ähnliche Probleme bestünden. Einige der jüngsten Ernennungen haben diese Problematik für die Bistümer Frankreichs jedenfalls verstärkt zutage treten lassen und auch entsprechende Kritik hervorgerufen.

Der französische Episkopat hat sich seit Herbst 1978, dem Beginn des Pontifikats von Papst Johannes Paul II., insgesamt stark verändert: In dieser Zeit ernannte Johannes Paul II. bisher 44 residierende und Weihbischöfe für Frankreich (vgl. *Henri Tincq*, *Les lieutenants du pape*, in: *Le Monde*, 4.11.87; die Ernennung der neuen Bischöfe von Amiens und

Digne sind dort noch nicht berücksichtigt). Zum Vergleich: Paul VI. ernannte in den 15 Jahren seines Pontifikats insgesamt 71 neue Bischöfe, die Mitglieder der französischen Bischofskonferenz wurden (vgl. *Cathérine Grémion / Philippe Levillain*, *Les lieutenants de Dieu*, Paris 1986, S. 47).

Einflußnahmen, die im Dunkeln bleiben

Von den gegenwärtig insgesamt 118 Mitgliedern der französischen Bischofskonferenz wurde somit mehr als ein Drittel von Johannes Paul II. ernannt. Die Zahl der tatsächlichen Veränderungen im Episkopat ist aber noch höher, da bei der Vielzahl von Bischofssitzen (93) Diözesanbischöfe nicht selten von einem (kleineren) Bischofssitz auf einen anderen (größeren) „versetzt“ werden. Weitere Veränderungen bzw. Ernennungen stehen bevor: Fünf Bischofssitze sind zur Zeit vakant; drei Diözesen erwarten einen Koadjutor.

In den letzten Jahren nun hat sich in Frankreich erheblicher Unmut darüber angestaut, daß die aus den Diözesen stammenden Vorschläge für bevorstehende Ernennungen von Bischöfen offenbar immer weniger beachtet werden, während der Einfluß einzelner kirchlicher Persönlichkeiten ganz offensichtlich stärker geworden ist. Das Gefüge aus lokalen (Di-

öze), regionalen (Kirchenprovinzen, Apostolische Regionen, Bischofskonferenz) und zentralkirchlichen (Heiliger Stuhl) Elementen sei zugunsten letzterer und anderer im Dunkeln bleibender Faktoren *aus dem Gleichgewicht geraten*, heißt es. Aus Anlaß ihrer letztjährigen ad-limina-Besuche haben sich französische Bischöfe darüber auch bei der Bischofskongregation bzw. beim Papst direkt beklagt.

Wobei – verglichen etwa mit dem Geltungsbereich des badischen und preußischen Konkordates, Teilen der Schweiz oder dem Erzbistum Salzburg – der Heilige Stuhl bei der Besetzung von französischen Bistümern ohnehin weitgehend freie Hand hat, wie es auch das Kirchenrecht (can. 377) für den Regelfall vorsieht: Über den Nuntius geht ein Dreivorschlag („terna“) nach Rücksprache mit dem Metropolitan, den Suffraganbischöfen und dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz an den Heiligen Stuhl. Im konkreten Fall Frankreichs macht dann der Rat für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche in Zusammenarbeit mit der Bischofskongregation dem Papst einen Vorschlag, den dieser – unbeschadet seiner letztlich freien Wahl eines Kandidaten – „im allgemeinen ... annimmt“ (*Joël-Benoît D'Onorio*, *La nomination des évêques*, Paris 1986, S. 37). (Die abweichende Regelung für Metz und Straßburg mit formeller Ernennung durch den Staatspräsidenten geht auf das napoleonische Konkordat von 1801 zurück.)

Kardinal Lustiger als „Königsmacher“

In Frankreich wird gegenwärtig auch daran erinnert, daß der derzeitige Nuntius in Paris, Erzbischof *Angelo Felici*, zu der Zeit Nuntius in den Niederlanden war, als Paul VI. die Bischöfe *Simonis* und *Gijsen* ernannte. Im Mittelpunkt der Kritik steht aber ein anderer: der Erzbischof von Paris, Kardinal *Jean-Marie Lustiger*. Kein Name wird im Zusammenhang mit den Bischofsernennungen der letzten Jahre so häufig genannt wie der seine.

Seit seiner Berufung nach Paris als Nachfolger von Kardinal *Marty* – der auch Vorsitzender der Bischofskonferenz war –, begegnet man Lustiger wegen seiner unstrittigen intellektuellen Fähigkeiten und seiner offensichtlichen Nähe zum gegenwärtigen Papst mit ebensoviel Respekt wie Reserviertheit. Lustiger verdankt Johannes Paul II. eine *beispiellose Blitzkarriere*. Gerade sie scheint ihn in den Augen nicht weniger französischer Katholiken suspekt zu machen: 1979 wurde der damalige Pfarrer einer Pariser Gemeinde zunächst zum Bischof von Orléans, knapp 14 Monate später zum Erzbischof von Paris ernannt; weitere zwei Jahre danach erhob ihn der Papst zum Kardinal. Lustigers Rückhalt in der Bischofskonferenz hält sich z.Z. allerdings noch in Grenzen: Bei der Wahl von Kardinal *Decourtray* zum neuen Konferenzvorsitzenden im November letzten Jahres erhielt er in allen Wahlgängen etwa zwei Dutzend Stimmen.

Seine herausgehobene Position als Erzbischof von Paris sichert ihm aber auch ohne das Amt des Vorsitzenden großen Einfluß. Im Laufe seiner noch kurzen Amtszeit ist er zum meistgefragten Sprecher der französischen Kirche in den säkularen Medien jedweder Couleur geworden. Mit dem Papst verbindet ihn (er ist gebürtiger Jude und wurde erst im Alter von 13 Jahren getauft) nicht nur seine polnische Herkunft, sondern auch ein offensiv-selbstbewußter Führungsstil, wie man ihn unter französischen Bischöfen lange nicht mehr gewohnt war. Für ihn wie auch das kulturelle Klima in Frankreich ist es nicht untypisch, daß er außerhalb der Kirche z.T. stärker Gehör findet als innerhalb der Kirche.

Innerkirchlich auf Bedenken stößt vor allem sein Ruf des „Königmachers“ bei Bischofsernennungen. Abgesehen von seiner persönlichen Nähe zum Papst, begünstigt ihn dabei die Tatsache, daß er als einziger Franzose Mitglied der beiden für Bischofsernennungen wichtigsten römischen Instanzen ist, des Rates für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche und der Bischofskongregation.

Auch in Frankreich sind bei Bischofs-

ernennungen in den letzten Jahren vielfach solche Kandidaten zum Zuge gekommen, die über die im Kirchenrecht (can. 378) genannten Kriterien hinaus die bekannten Eigenschaften des *neuen Typs von Bischöfen* erfüllen: intellektuelle und pastorale Nähe zum Papst, Zuverlässigkeit im Sinne Roms in den umstrittenen moraltheologischen Fragen.

Die neuen Bischöfe gelten als „spiritueller“

Bezeichnend ist, daß inzwischen in Frankreich auch die Arbeitsbereiche gewechselt haben, aus denen sich die neuen Bischöfe vorrangig rekrutieren. Früher kamen die Kandidaten vorzugsweise aus den verschiedenen Bewegungen der *Action Catholique*. Sehr viele waren geistliche Assistenten in einer ihrer spezialisierten Organisationen. Inzwischen ist das Laienapostolat heute nur mehr ein Feld unter mehreren (vgl. Grémion/Levillain, a. a. O., S. 236). Die heute neuernannten Bischöfe kommen überwiegend aus Pfarreien, aus dem kirchlichen Lehrbetrieb, aus den Seminaren; auch manche Ordensleute sind darunter. Die neuen Bischöfe gelten – je nach Standort – als „spiritueller“ bzw. als „vermeintlich spiritueller“.

Interessant ist, daß Lustiger persönlich nicht nur vorgeworfen wird, er bevorzuge Kandidaten eines ganz bestimmten spirituellen Profils und drücke sie an den örtlichen und regionalen Instanzen vorbei durch. Mehr oder weniger offen wird auch kritisiert, nicht selten sei dabei obendrein eine mehr oder weniger persönliche Bekanntschaft mit ihm ausschlaggebend. Als Lustiger nahestehend gelten etwa neben anderen die neu ernannten Bischöfe von Metz und Bellay (Département Ain), *Pierre Raffin* und *Guy Bagnard*. Beide kennt der Pariser Erzbischof von ihrer Arbeit in der neu gegründeten Pariser Ausbildungsstätte für Priesteramtskandidaten, dem Séminaire Saint Augustin, Bagnard war außerdem langjähriger Leiter des betont traditionell ausgerichteten Priesterseminars von Paray-le-Monial.

Die Ernennung von Raffin, er war zuletzt Generalsekretär der Pariser Provinz seines Ordens, gilt zudem noch aus zwei Gründen als ungewöhnlich: Er ist Dominikaner; sein Lebenslauf in der „Documentation Catholique“ (Nr. 1949, S. 1030) endet mit dem Hinweis darauf, daß der letzte Dominikaner, der in Frankreich zum Bischof ernannt wurde, in der Mitte des 17. Jahrhunderts Monsignore *Michel Mazarin*, der Bruder des berühmten Kardinal *Jules Mazarin*, gewesen sei. Und obendrein wurde in Metz mit Verwunderung registriert, daß mit Raffin jemand ernannt wurde, der zwar im (französisch-)lothringischen Nancy geboren wurde und dessen Eltern eine Zeitlang in Metz gelebt haben, der aber mit den besonderen Verhältnissen in diesem Teil Frankreichs kaum vertraut ist und kein Deutsch spricht.

„Männer des Apparates oder Hirten?“

Die Kritik an Lustiger nimmt auch deswegen zu, weil der Kardinal bei seiner Ernennungs- und Leitungspolitik mit römischen Instanzen keineswegs immer eine glückliche Hand hatte. Am augenscheinlichsten wurde dies im Fall des Karmeliters und Fachmanns für Therese von Lisieux, *Guy Gaucher*. Auch auf Betreiben Lustigers nahm Gaucher trotz eigener Bedenken die Ernennung zum Bischof von Meaux an, nachdem zuvor der frühere Amtsinhaber *Louis Kuehn* und dessen Weihbischof *Yves Bescond*, ohne die Altersgrenze erreicht zu haben, ihre Ämter niedergelegt hatten. Wenige Monate nach seiner Ernennung und Weihe verzichtete Gaucher seinerseits auf das Amt – aus gesundheitlichen Gründen. Inzwischen ist er Weihbischof des Bischofs von Bayeux und Lisieux. Der ehemalige Bischof von Meaux ist jedoch kein Einzelfall. Einige der Ernannten tun sich schon rein physisch schwer mit ihrem neuen Amt. Manche sind den Leitungsaufgaben als Bischof kaum gewachsen. Es seien „Irrtümer“ begangen worden, gesteht man auch in der Pariser Nuntiatur ein.

Dies zeigt die offensichtlichen Grenzen der Versuche Lustigers, dem – wie er es in seinem neuesten Interview-Buch „Le Choix de Dieu“ (Paris 1987) ganz allgemein andeutet – charismatischen Element in der Kirche zu seinem Recht zu verhelfen: „Jemanden zum Priester oder Bischof ernennen, setzt eine Wahl voraus, und zwar nicht nur auf der Grundlage von Fähigkeiten bzw. der Eignung für eine Aufgabe, sondern mehr noch auf der Grundlage von etwas anderem, dem Willen Gottes“ (S. 440). Und was er im Zusammenhang mit dem Thema „Bischofsernennungen“ sagt, könnte ebenso gut ein Rechtfertigungsversuch seiner Einflußnahme auf Bi-

schofsernennungen sein: „Wer regiert die Kirche? Männer des Apparates oder Hirten? Wie wird die Autorität übertragen – durch Sakramente oder andere Qualifikationen und Verfahren?“ (S. 439)

Selbst wenn der Heilige Stuhl und vor allem der Nuntius in Paris in Zukunft den Empfehlungen von Kardinal Lustiger etwas zurückhaltender gegenüberstehen sollten, das Problem – nämlich das geringe Gewicht der von den zuständigen Bischöfen vor Ort gemachten Vorschläge, ganz zu schweigen von denkbaren und wünschenswerten Beteiligungsformen der Laien – ist dadurch nicht beseitigt.

K. N.

und das Wiederauftauchen der „Macoutes“.

Nach dem *Inkrafttreten der neuen Verfassung* im April 1987 kam es zwischen dem regierungsunabhängigen Wahlausschuß CEP und dem Nationalrat zu einem Kräfteressen, das von blutigen Straßenkämpfen begleitet wurde. In den Wochen vor dem Wahltermin nahmen die Gewalttätigkeiten zu, mindestens 30 Menschen, darunter die Präsidentschaftskandidaten *Yves Volé* und *Sylvio Claude*, wurden ermordet. Als am Wahltag, dem 29. November, Terrorkommandos im Auftrag der alten Machthaber die Hauptstadt Port-au-Prince überzogen, setzte der CEP die Wahlen ab.

Das Scheitern der November-Wahlen machte die politischen Machtverhältnisse in Haiti deutlich, die der neue Präsident auf die kurze Formel gebracht hat: „Ohne die Armee geht in diesem Land nichts“. Der *zweite Anlauf am 17. Januar* brachte Scheinwahlen mit gefälschten Ergebnissen. Der Nationale Rat hatte zuvor ein neues Wahlgesetz verabschiedet, das einer Abschaffung freier und geheimer Wahlen gleichkam und dem Wahlbetrug Tür und Tor öffnete. So registrierten Beobachter am Wahltag denn auch zahlreiche Unregelmäßigkeiten wie mehrfache Stimmabgabe etc. Die wichtigsten Parteien nahmen an den Wahlen erst gar nicht teil und hatten zum Boykott aufgerufen. Oppositionelle und kirchliche Beobachter bezifferten die Wahlbeteiligung auf zwischen 2 und 15 Prozent; nach offiziellen Angaben lag sie bei 35 Prozent. Manigat und seine „Vereinigung der Nationalen und Fortschrittlichen Demokraten (RDNP)“ errangen danach 50,29 Prozent der Stimmen. Zum ersten Wahltermin hatten sich 70 Prozent der wahlberechtigten Bürger in die Register eintragen lassen.

Die programmatische Aussage des neuen Präsidenten, „die Versöhnung der Nation“ sei sein vorrangiges Ziel, deckt sich mit dem in zahlreichen Stellungnahmen der katholischen Kirche manifesten Anliegen der katholischen Kirche, die in Haiti eine gesellschaftliche Kraft von beträchtlichem Ansehen ist. Allerdings verbinden die

Haiti: Vakuum nach der Diktatur

Mit den Wahlen vom 17. Januar – es sollten die ersten freien Wahlen seit 30 Jahren werden – ist eine demokratische Zukunft des Karibikstaates Haiti auch zwei Jahre nach dem Ende der Duvalier-Diktatur keineswegs gesichert. Am 7. Februar trat mit *Leslie Manigat* ein neuer Präsident sein Amt an, der im In- und Ausland als Gegner des alten Regimes und fähiger Politiker reputiert wäre, ließen die offensichtlich von der Armee manipulierten Wahlen, die ihm zur Macht verhelfen, nicht doch erhebliche Zweifel an seiner demokratischen Legitimität aufkommen.

Wahlen, die zur Farce wurden

Manigat und seine Regierung stehen zunächst vor der Aufgabe, Ruhe in einem bitterarmen, überbevölkerten Land zu schaffen, in dem die Anarchie Tradition hat. Auf den Sturz *Jean-Claude Duvaliers* („Baby Doc“) im Februar 1986 und das Ende seiner und seines Vaters Bereicherungsdiktatur, das die Bevölkerung stürmisch und wie im Rausch feierte, folgte die Übergangsregierung des „Nationalen Regierungsrats (CNG)“ unter Gene-

ral *Henri Namphy*, Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Sie war von blutigen Unruhen und von einem beispiellosen Parteien- und Interessenwirrwarr gekennzeichnet. (Zu Beginn des Wahlkampfes bewarben sich 200 Kandidaten um die Präsidentschaft.) Die blutige Rache an den „Tontons Macoutes“, der gefürchteten Miliz des Diktators, und Plünderungen der aufgebrauchten Bevölkerung in den Häusern und Geschäften seiner geflohenen Anhänger führten noch im Februar zur Ausrufung des Notstands. Im März verließen 4 von 7 Mitgliedern den von der Armee kontrollierten Nationalen Rat; bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Soldaten gab es erste Todesopfer.

Obwohl General Namphy bereits im Juni freie Wahlen für November 1987 ankündigte, nahm die Unruhe in der Bevölkerung zu. Im November 1986 riefen 52 Oppositionsparteien zum Generalstreik auf mit dem Ziel, den Nationalrat zu stürzen. Parallel zu den von Namphy widerwillig vollzogenen politischen Maßnahmen, die eine demokratische Entwicklung einleiten sollten, wuchs der Unwille in der Bevölkerung über die ungebrochene Macht der Armee, den überall spürbaren Einfluß der Duvalieristen